



Wer Menschen auf der Flucht das Recht auf Asyl verweigert, liefert sie Krieg und Verfolgung aus – und damit schwersten Menschenrechtsverletzungen. Höhere Zäune, tiefere Gräben und mehr Überwachung werden Menschen nicht von der Flucht abhalten. Fluchtursachen müssen bekämpft, Kriege verhindert und sichere Fluchtwege geschaffen werden.

#### Wir fordern:

- die zivile Seenotrettung staatlich zu organisieren und sichere Fluchtwege zu schaffen;
- schmutzige Deals wie z.B. mit den mit der Türkei aufzukündigen;
- das Asylrecht und damit die Anerkennung von Klimawandel, sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität und geschlechtsspezifische Verfolgung als legitime Fluchtgründe auszuweiten.

## Waffen schaffen keinen Frieden

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg oder bewaffneten Konflikten. Frieden bedeutet die Beseitigung aller Arten von Gewalt, sei es direkte oder indirekte, politische, strukturelle, wirtschaftliche oder kulturelle Gewalt, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Raum. Frieden ist unabdingbare Voraussetzung, um Menschenrechte zu verwirklichen. Zugleich ist die Wahrung der Menschenrechte Grundlage für ein friedliches Zusammenleben. Heute mehr denn je.

Krieg ist kein geeignetes Mittel zum Schutz der Menschenrechte. Das völkerrechtlich höchst umstrittene Konzept der »Schutzverantwortung« (Responsibility to Protect) ist ein Konstrukt, um Rohstoff- und Verteilungskriege und Regime-Change-Politik zu »legitimieren«. Im Krieg werden Menschenrechte immer missachtet und außer Kraft gesetzt.

2010 schlugen NGOs in der »Santiago-Erklärung zum Menschenrecht auf Frieden« die Festschreibung detaillierter Rechte und Pflichten von Staaten vor, das Recht auf Bildung, auf Abrüstung, auf Entwicklung oder auf eine sichere und gesunde Umwelt. Die Bundesregierung lehnte diese Erklärung ab. Sie exportiert Krieg und verhindert Frieden, indem sie ihren Militärstützpunkt Ramstein in Rheinland-Pfalz für den Drohnenkrieg der Amerikaner zur Verfügung stellt, indem sie Bundeswehrsoldaten in Auslandseinsätze schickt und den Rüstungsetat immer weiter um Milliardensummen erhöht, indem sie sich mittlerweile zum weltweit viertgrößten Rüstungsexporteur entwickelt hat.

#### Wir fordern:

- ein umfangreiches Menschenrecht auf Frieden im Sinne der »Santiago-Erklärung«;
- den Ausstieg aus den militärischen Strukturen der NATO;
- verantwortungsvolle Abrüstung und friedliche Konfliktlösungen;
- den sofortigen Stopp aller Rüstungsexporte und Bundeswehreinätze im Ausland, eine Konversion der Rüstungsindustrie, die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrag.

# DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/22 75 1170, Fax: 030/22 75 6128  
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de  
V.i.S.d.P.: Sevim Dağdelen, Jan Korte, Caren Lay

Redaktion: Žaklin Nastic, MdB, und Michel Brandt, MdB  
Layout/Druck: Fraktionservice

Redaktionsschluss: 1. November 2018

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden!**

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

181031

# Menschenrechte sind Widerstandsrechte

## DIE LINKE. I M B U N D E S T A G





## Menschenrechte sind unteilbar

Die Menschenrechte in ihrer heutigen Gestalt sind als Konsequenz der Gräueltaten und des Leids des Zweiten Weltkriegs entstanden. Am 10. Dezember 1948 stimmten 48 Staaten der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) zu. Im Jahr 1966 wurde sie durch zwei Menschenrechtspakte weiter ausformuliert. Während der Sozialpakt wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte regelt, behandelt der Zivilpakt politische und bürgerliche Rechte. In der Politik werden sie oft gegeneinander ausgespielt. Aber: Menschenrechte sind unteilbar!

»Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.« Artikel 1 des Grundgesetzes (GG) Das Sozialstaatsgebot des GG in Artikel 20 besagt: »Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.« Die Bekämpfung von Armut, Not und Elend gehört zu den zentralen Aufgaben des Staates. Die Bundesregierung hat die Pflicht, die Menschenrechte ihrer Bürger\*innen zu schützen, zu achten und zu gewährleisten.

Die Pflichten eines Staates, Menschenrechte zu achten und gewähren, enden nicht an den eigenen Grenzen. Deutschland hat auch gegenüber den Menschen in anderen Ländern eine Verantwortung, sogenannte extraterritoriale Staatenpflichten. Diese betreffen unter anderem die Auswirkungen der deutschen Handelspolitik, des Wirtschaftens deutscher Unternehmen im Ausland, der Entwicklungs-, der Außen- und der Geflüchteten-Politik.

## Menschenrechte sind Widerstandsrechte

Im Artikel 20 des Grundgesetzes ist auch das Recht auf Widerstand verankert. Für DIE LINKE. im Bundestag sind Menschenrechte Widerstandsrechte gegen jede Form der Unterdrückung und Ungerechtigkeit. Es ist eine Verpflichtung, strukturelle wirtschaftliche, soziale und kulturelle Benachteiligung in Deutschland und weltweit zu überwinden.

Im Sozialpakt ist das Recht auf Arbeit und auf gerechte Arbeitsbedingungen ebenso festgeschrieben wie der Schutz der Familien und Kinder, das Recht auf soziale Sicherung, Bildung und Teilhabe am kulturellen Leben sowie die Forderung nach Gleichstellung der Geschlechter und nach Gewerkschaftsfreiheit. Dazu ein Höchstmaß an Gesundheit, ein angemessener Lebensstandard wie Ernährung, Kleidung, Wohnraum, Wasser und Sanitärversorgung.

Aktuelle Berichte der Bundesregierung zeigen, dass Armut nicht nur ein Problem der sogenannten Entwicklungsländer ist. In keinem anderen Land Europas ist das Vermögen so ungleich verteilt wie in Deutschland. Die zunehmende Verarmung ist Auswirkung einer Sparpolitik, die besonders Kinder, alte Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund trifft. Menschen sind arm trotz Erwerbstätigkeit. Ob Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe oder Grundsicherung im Alter – keine dieser Maßnahmen ermöglicht einen angemessenen Lebensstandard. Arme Menschen werden strukturell von grundlegender Daseinsvorsorge ferngehalten. Der Zugang zu gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe wird ihnen maßgeblich erschwert. Ein schönes und möglichst sorgenfreies Leben ist somit kaum möglich. Menschen ein würdiges Leben zu ermöglichen, muss wieder in den Mittelpunkt der Politik gestellt werden.

### Wir fordern:

- wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte in der Sozial-, Gesundheits-, Pflege-, Bildungs-, Wohnungs-, Geflüchteten- und Arbeitsmarktpolitik zu gewährleisten, zu achten und zu beschützen;
- soziale und wirtschaftliche Ungleichheit sowie die zunehmende Armut in Deutschland durch konkrete und umfassende Maßnahmen wie die sanktionsfreie und bedarfsdeckende Mindestsicherung statt Hartz IV, die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro/Stunde, die Einführung einer Vermögenssteuer zu bekämpfen.
- das Fakultativprotokoll zum UN-Sozialpakt umgehend durch die Bundesrepublik zu ratifizieren.



## Menschenrechte vor Profit

Der Einsturz des »Rana Plaza«, einem Fabrikgebäude in Bangladesch, ist ein Beispiel für die verheerenden Folgen fehlender Regeln für Konzerne, die unter menschenverachtenden Arbeits- und Rahmenbedingungen produzieren lassen. Mehr als tausend Menschen starben bei dem Unglück. Private Sicherheitsprüfer hatten dem maroden Gebäude zuvor ein positives Gutachten ausgestellt. Unter anderem ließen dort Zulieferer für C&A, Mango und Adler zu immer niedrigeren Preisen Kleidung herstellen.

Auch innerhalb Deutschlands mangelt es an verantwortungsvollem Wirtschaften durch Unternehmen. Beispiele sind das Vorgehen des Braunkohle-Konzerns RWE im Hambacher Forst oder der Umgang der

Autoindustrie mit dem Diesel-Abgasskandal. Die Bundesregierung weigert sich, Konzerne durch verbindliche Regelungen zu kontrollieren und bei Verstößen zur Rechenschaft zu ziehen. Es gibt kein Unternehmensstrafrecht und keine gesetzlichen Sorgfaltspflichten. Auf Ebene der Vereinten Nationen wird aktuell ein verbindliches Völkerrechtsabkommen für Wirtschaft und Menschenrechte ausgehandelt (»Binding Treaty«). Die Bundesregierung versucht, dieses verbindliche Abkommen zu vereiteln und unterstützt stattdessen den unverbindlichen, durch die Wirtschaftslobby stark verwässerten »Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte«.

### Wir fordern:

- in Deutschland ansässige Konzerne verbindlich zu verpflichten, Verantwortung zu übernehmen, zum Beispiel durch ein Gesetz für menschenrechtliche Sorgfaltspflichten entlang der Lieferkette und ein Unternehmensstrafrecht;
- den Binding Treaty-Prozess und Unterzeichnung der ausgearbeiteten Abkommen durch die Bundesregierung aktiv voranzutreiben.



## Menschenrechte statt Rassismus

Millionen von Menschen müssen jedes Jahr aus ihrer Heimat fliehen. Ursachen dafür sind meist Verletzungen der Menschenrechte: Kriege, politische Verfolgung und Armut, wirtschaftliche Ausbeutung, Umweltkatastrophen und Hunger. Europäische Konzerne und Wirtschaftsunternehmen sind oft mitverantwortlich für Fluchtursachen – durch Landraub, Lebensmittelspekulationen, Rüstungsexporte, Umweltzerstörung.

Die EU-Politik setzt auf Abschottung statt Hilfe. Beinahe täglich sterben Geflüchtete an den europäischen Außengrenzen. Zivile Seenotretter\*innen werden kriminalisiert, Schutzsuchende in angeblich sichere Drittstaaten außerhalb der EU zurückgewiesen. Flucht und Asylpolitik sind zunehmend geprägt von gesellschaftlicher Polarisierung und Rassismus. Das spiegelt sich auch im politischen Handeln der Bundesregierung wider. Beispiele sind die Ausweitung der Definition von »sicheren« Herkunftsländern, die Schikane von Geflüchteten mit Sachleistungen und eine steigende Anzahl von Abschiebungen.